

**Protokoll der Sitzung des Aktionskreises am 24.02.2015 von 17:00-19:00 Uhr im Reinoldinum, Schwanenwall 34, 44137 Dortmund, kleiner Saal
Anwesende: ca. 10 Mitglieder, Esther Schmidt**

Zu 1: Infos und Berichte

- Am 26.05.2015 – Dienstag nach Pfingsten – findet die Aktionskreis-Sitzung auf Grund der Schulferien nicht statt.

Veranstaltungshinweis: im Rahmen der Aktionswoche gegen Gleichgültigkeit und Vereinsamung „Arm in Arm – Armut in unserer Stadt“ vom 23. bis 27.02.2015 lädt das Behindertenpolitische Netzwerk zum Frühstück mit dem Thema „Dortmund-Pass – auch für (Erwerbsminderungs-)Rentner/-innen!“ ein.

Kontakt: Donnerstag, 26.02.2015 von 10:00 bis 12:00 Uhr in Selbsthilfe, Friedensplatz 7. FM-Anlage ist nicht vorhanden (funktioniert in dem Gebäude nicht, da es ein ehemaliges Bankgebäude ist).

Anmeldung bis zum 25.02.2015 bei: Christiane Vollmer, Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates, Behindertenbeauftragte
Südwall 2 – 4, 44122 Dortmund
Telefon: 0231/50-25901/ Fax:0231/50-10891, Email: cvollmer@stadtdo.de

Jennifer Eckhardt (TU München) berichtet über die Aktivitäten zum Bericht über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung(en) in Dortmund, der zwecks Erarbeitung des Dortmunder Inklusionsplans erstellt wird. Neben Interviews mit Bürger/-innen aus Hombruch, Eving und Westerfilde/Bodelschwingh fanden und finden dort auch Begehungen und Gespräche mit Vertreter/-innen aus Politik und Verbänden statt.

- Aktionstag Dortmund - Sozial innovative Stadt (Do-iT) in Eving / Lindenhorst am 25. Februar 2015: Begehung „Barrierefreiheit rund um die Neue Evinger Mitte“, Treffpunkt: Cafe Spezial, Deutsche Straße 7, 15.00 Uhr
Veranstaltung „Wie leben Menschen mit Behinderungen in Eving / Lindenhorst?“, Cafe Spezial, Deutsche Straße 7, Beginn 17.00 Uhr, Einlass ab 16.30 Uhr
- Aktionstag Dortmund - Sozial innovative Stadt (Do-iT) in Westerfilde / Bodelschwingh am 27. Februar 2015: Begehung „Barrierefreier ÖPNV in Westerfilde und Bodelschwingh“, Treffpunkt: AWO-Begegnungsstätte Speckestraße 19, 15.00 Uhr
Veranstaltung „Wie leben Menschen mit Behinderungen in Westerfilde und Bodelschwingh?“, AWO-Begegnungsstätte Speckestraße 19, Beginn 17.00 Uhr, Einlass ab 16.30 Uhr.

Es wird angeregt, Protokolle aus früheren Stadtteilbegehungen des Aktionskreises bzw. des Behindertenpolitischen Netzwerks zur Bewertung heran zu ziehen. Diese dürften allerdings nur noch schwer auffindbar sein. Frau Vollmer soll für das Behindertenpolitische Netzwerk hierzu befragt werden. Stadtteilentwicklungskonzepte aus dem Jahr 2009 liegen den Berichtersteller/-innen bereits vor.

- Eine Teilnehmerin (Mutter einer behinderten Pflgetochter) berichtet über das Problem, dass in Werkstätten für behinderte Menschen die Arbeitsgruppen zu groß seien und sich nicht um die Gesundheit der Beschäftigten gekümmert werde (Ruhigstellung durch Medikamente).
Ideen hierzu aus der Runde: zunächst könnte eine Beratung durch das Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben – Westfalen (MOBILE e. V.) erfolgen. Auf einer künftigen Aktionskreis-Sitzung könnte das Thema weiter als TOP aufgenommen und politisch bearbeitet werden.

Zu 2: E-Scooter im Öffentlichen Nahverkehr, aktueller Stand zum Dortmunder Fahrdienst

- Die angekündigten Kürzungen beim Behindertenfahrdienst in Dortmund wurden durch den Rat nun doch nicht umgesetzt. Der Leistungsumfang bleibt damit zunächst erhalten. Das Behindertenpolitische Netzwerk fordert von der Stadt die Erstellung eines Konzeptes

zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für behinderte Menschen. Die Forderungen hierzu werden im März formuliert. Der Antrag soll im Mai im Rat gestellt werden.

- E-Scooter in Bussen:

Eine Gefahrenanalyse, die nicht als Gutachten erstellt wurde, hat dazu geführt, dass E-Scooter in Dortmund nicht mehr in Bussen mitgenommen werden, da sie umkippen könnten. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat diese Praxis durch ein Urteil bestätigt. Die Dortmunder Ratsfraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben im Sozialausschuss für die Mitnahme von Scootern plädiert.

Das Land NRW wird eine Studie in Auftrag geben, die den Sachverhalt fundiert untersuchen wird. Mit den Ergebnissen ist Ende März zu rechnen. Die Kölner Verkehrsbetriebe testen in der Praxis, welche Scooter unbedenklich zu befördern sind. Der Landesbehindertenrat NRW hat die Resolution „E-Scooter müssen auch weiterhin befördert werden“ am 9. Januar 2015 beschlossen.

Ein Teilnehmer berichtet, dass er auf Grund des „Scooter-Verbotes“ auch mit seinem E-Rollstuhl ohne Lenkstange bereits 8 Mal des Fahrzeugs verwiesen wurde.

Vorschläge:

Der Teilnehmer sollte sich eine Bescheinigung durch die DSW erstellen lassen, dass die Mitnahme des Rollstuhls im ÖPNV keine Gefahr darstellt. Diese Lösung wurde von einigen als kontraproduktiv in Bezug auf die Erlaubnis von Scootern gesehen. Zudem sei es eine Einzellösung – notwendig sei eine politische Lösung.

Esther Schmidt schreibt einen Brief an die DSW 21, in dem der Verkehrsbetrieb aufgefordert wird, dass Personal so zu schulen, dass es in der Lage ist, Scooter von E-Rollstühlen zu unterscheiden.

Zu 3: Rückblick auf die Regionalplanungskonferenz 2014

Bei der Regionalplanungskonferenz Wohnen 2014 gab es u. a. drei Arbeitsgruppen, in denen die Wünsche und Anregungen a) behinderter Bürger/-innen, b) deren Angehörigen sowie c) der Dienstleister und Einrichtungen gesammelt wurden.

Ein Teilnehmer stellt die Frage, wie nun sichergestellt werden könne, dass die genannten Wünsche und Forderungen behinderter Bürger/-innen künftig tatsächlich bei Planungen berücksichtigt würden?

Die Rede sei von Patenschaften gewesen, die aber schwer zu erfüllen seien, wenn der Kontakt zu den betroffenen Menschen nicht direkt und konkret hergestellt werden könne, da man keine Kontaktdaten habe. Wie ist die Erfüllung der Wünsche in die Realität umsetzbar? Wer übernimmt welche Aufgabe? Folgen Konsequenzen aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen? Gibt es eine Strategie von Seiten der Stadt und des LWL?

Wo findet man die Liste der Wünsche und Forderungen der Angehörigen bzw. der Dienstleister und Einrichtungen? (Auf der Website der Stadt waren diese zuletzt nicht eingestellt). Eine Teilnehmerin will hierzu das Sozialamt als Organisator befragen. Ein anderer Teilnehmer wird die Nutzer/-innen-Forderungen an Esther Schmidt mailen, die diese über den Verteiler weiter sendet.

Strategie zur Weiterverfolgung:

- Die Weiterverfolgung des Themas wird beim Nachtreffen zur Regionalplanungskonferenz am 05.03.2015 eingefordert werden.
- Es soll ein Experten/-innenforum zum Thema Wohnen in 2015 in Dortmund geben, das zur weiteren Diskussion genutzt werden wird.
- Jennifer Eckhardt (TU München) wird prüfen, inwieweit die Ergebnisse der RPK in den Bericht über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung(en) in Dortmund einfließen können.

Protokoll: Daniela Herrmann